

Labour turn? Sozialchauvinismus pur!

Zu Klaus Dörre, Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, Berlin 2021

Vom „S-Wort“ spricht Klaus Dörre kokettierend, wenn er „Sozialismus“ meint, suggeriert damit, einen besonderen Tabubruch zu begehen, und umgibt sich damit selbst mit dem Nimbus der Radikalität. Am Ende bleibt davon nichts als Kleinbürgerspießigkeit: „Familie und Kinder, Häuschen, Auto und Verankerung in den sozialen Netzwerken der Region. Nichts soll ständig wachsen müssen, und kein Arbeiter, keine Arbeiterin beansprucht, ständig mehr haben zu wollen. Aber das einmal Erreichte möchte man be- und erhalten.“ (S. 105) Besitzstandswahrung also für die WohlstandsbürgerInnen in den reichen Industrieländern. Dazu gehört natürlich auch der Urlaubsflug „für die Putzfrau“ alle zwei Jahre, quasi als verbrieftes Menschenrecht (S. 259). Denn eins ist ja klar: „Auch in den reichen Ländern ist es keineswegs erforderlich, der Putzfrau die Mallorca-Reise und dem Daimler-Arbeiter das Häuschen zu nehmen ...“ (S. 257) Gemütlich geht's also zu beim Weltuntergang – solange man die weltweiten Verlierer ausblendet: die mehr als 90 % der Menschheit, die noch nie geflogen sind etwa, und nicht zu vergessen die Opfer just jener Kriegsgeräte, mit denen sich der Daimler-Arbeiter sein Häuschen und sein bescheidenes Glück verdient ... Unsere „Initiative Ökosozialismus“ hat stets betont, dass die tiefgreifende ökologische Transformation, vor der wir stehen, nur gelingen wird, wenn den Menschen elementare Existenzängste genommen werden können, dass sie Hand in Hand gehen muss mit einer radikalen Umverteilung des bestehenden Reichtums, dass es gerecht dabei zugehen muss. Dörre macht daraus aber „Statusgarantien“. Das heißt, er suggeriert den Menschen hierzulande, wir könnten Nachhaltigkeit erreichen und dabei den Lebensstandard der Bevölkerungsmehrheiten – abgesehen natürlich von der kleinen Elite „Superreicher“ – in den reichen Industrieländern aufrechterhalten. Das sei ein Erfordernis der „Realpolitik“ (S. 107). Natürlich hat eine solche Anbiederung an den deutschen Kleinbürger seinen Preis: Dass sich unser Scheinwohlstand, an dem eben auch die „kleinen Leute“ bei uns partizipieren, einer brutalen einseitigen weltweiten Ressourcenaneignung auf Kosten des globalen Südens verdankt (die sich unter ökologischen Vorzeichen nur noch verschärft), muss er systematisch ausblenden bzw. kleinreden. Seine Polemik gegen die von Ulrich Brand und Markus Wissen eingeführte Kategorie der „imperialen Lebensweise“ ist schlicht unerträglich: Er spricht von einem „Konstrukt“ und wirft dem Konzept vor, dass „die herrschenden Eliten des globalen Südens von ihrer Verantwortung ... tendenziell freigesprochen“ werden (S. 258) – als ob nicht bereits die Dependenztheorien hinlänglich die Brückenkopffunktion eben dieser einheimischen Eliten für das kapitalistische Zentrum aufgezeigt hätten. Aber der Reihe nach: Ich darf der Fairness halber zunächst festhalten, dass Dörres Buch eine Reihe sehr kluger Einsichten und nachdenkenswerter Hinweise enthält. Das möchte ich gern an den Anfang stellen. Gründlich entstaubt er den mit schweren Hypotheken belasteten Sozialismus-Begriff. Gegen jeden ökonomischen Determinismus verweist er auf die „Ausdifferenzierung sozialer Felder“ und jeder autoritären Versuchung hält er ganz im Sinne von Luxemburgs Kritik an den Bolschewiki den Eigenwert parlamentarischer Demokratie entgegen. Wichtig ist auch sein Hinweis, dass ein emphatischer Begriff von Demokratie sich nicht nur formal auf die Verfahrensfrage beziehen sollte,

sondern einer inhaltlichen, normativen Bestimmung bedarf. Dass er konkret die „Sustainable Development Goals“ der UN dafür vorschlägt, kann man – bei allem damit verbundenen Unbehagen – noch als strategisch klug bezeichnen, da man sich hier auf einen Minimalkonsens mit hoher Legitimation berufen kann. Immerhin ist ihm der Pferdefuß an der Sache ja selbst bewusst, da er selbst anmerkt, dass man Gefahr läuft, mit diesen Zielen die dahinter stehende Ideologie des „sustainable development“, eines „dauerhaften, breitenwirksamen, nachhaltigen Wachstums“ zu übernehmen (S. 102). Er plädiert dafür, den Sozialismus in seiner utopischen Dimension wiederzugewinnen, und denen, die so laut und unbeirrt den Ruf nach „system change“ skandieren, schreibt er ins Stammbuch, dass kollektives Eigentum noch lange keine Garantie für Nachhaltigkeit ist. Aus all dem zieht er durchaus auch wichtige strategische Schlussfolgerungen, etwa hinsichtlich der Rolle der Verfassung. Lesenswert finde ich auch seine ausführlichen Hinweise auf eine Verhältnisbestimmung von Markt und Plan (wenngleich man sich fragen muss, welchen Wert diese Überlegungen haben, wenn man das entscheidende Vorzeichen, nämlich das unausweichliche Schrumpfen der Ökonomie, nicht zur Kenntnis nehmen will), strategisch wichtig ist auch sein Hinweis auf die zunehmend unverzichtbare Rolle des Staates angesichts immer kostenintensiverer nötiger Infrastruktur ... Aber mit all dem rennt Dörre bei unsreinem ja offene Türen ein. Im Hinblick auf eine gewisse orthodoxe Klientel der altbackenen Linken mag das aber durchaus verdienstvoll sein. Dass er so manche seiner grundsätzlich formulierten Postulate am Ende selbst nicht einlöst bzw. konterkariert – davon soll weiter unten noch die Rede sein.

Vorbehaltlos zuzustimmen ist ihm natürlich in der Beschreibung des Grunddilemmas, nämlich des Expansionsparadoxes, das den Kapitalismus kennzeichnet und gleichzeitig – so formuliert er im Anschluss an Friedrich Engels – seine „Achillesferse“ ausmacht. Für die Versuche, diesem Paradox gewissermaßen in einer Flucht nach vorn zu entrinnen, prägt er den durchaus anschaulichen und treffenden Begriff der „kapitalistischen Landnahme“ und zeigt, wie das Prinzip der „ursprünglichen Akkumulation“, nämlich Verknappung von vorher durchaus allen ausreichend zur Verfügung stehenden Ressourcen durch kapitalistische „Inwertsetzung“, bis heute fortwirkt. Angesichts der weltweiten Privatisierung von so elementaren Dingen wie Trinkwasser und Saatgut, angesichts der Tatsache, dass mit dem Handel von Verschmutzungsrechten selbst aus der ökologischen Krise ein Geschäftsmodell wird, wird man Dörres Begriff durchaus dankbar aufgreifen.

Dörre spricht von einer ökonomisch-ökologischen „Zangenkrise“ (S. 39; S. 59 ff) und meint damit den Widerspruch zwischen der Dynamik des Kapitalismus selbst und dem Gefahrenpotenzial für die Zivilisation, die diese aus sich herausgebiert. In der Sache ist ihm hier durchaus recht zu geben. Etwas irritierend ist es aber, dass er sich für die Wahl dieses Begriffes in einer entsprechenden Fußnote direkt auf uns (die „Initiative Ökosozialismus“), näherhin Saral Sarkar, bezieht, der diesen Begriff in einem ganz anderen Sinne verwendet! Es steht Dörre natürlich frei, den Begriff eben so zu prägen, wie er es tut, und er ist damit durchaus sachgerecht. Warum aber dann der Verweis auf Saral Sarkar? Hat er so oberflächlich gelesen? Bei Saral Sarkar ist ein völlig anderer Sachverhalt gemeint, nämlich die doppelte Bewegung von schwindender Tragfähigkeit der Ökosysteme einerseits und abbröckelnder Ressourcenbasis andererseits, die den Kapitalismus quasi „in die Zange nimmt“ und ihn im Unterschied zu anderen Krisen den Weg seiner weiteren Reproduktion abschneidet. Diese Problematik ist völlig außerhalb von Dörres Horizont – wiewohl sie gerade jetzt virulent wird. Das Ende des weltweiten Wachstums aufgrund der schwindenden Ressourcenbasis hat der erste „Bericht an den Club of Rome“ ziemlich präzise für unser Jahrzehnt prognostiziert. Es zeichnet sich bereits deutlich ab, dass diese Prognose recht behält: Das weltweite Zusammenbrechen von Lieferketten, Engpässe nicht nur bei Halbleitern, sondern auch bei Rohstoffen wie Magnesium oder Graphit (aufgrund einer Energiekrise in China), der sprunghafte Anstieg der Gaspreise etc. – dies alles wird journalistisch gern auf kurzfristige Anomalien wie die Covid-19-Pandemie, den Brexit, etc.,

zurückgeführt. Etwas weniger oberflächliche Beobachter aber erkennen dahinter durchaus den säkularen Trend, wie ihn Dennis Meadows und sein Team vorausberechnet haben. Das meinen wir also mit dem „Zangengriff“, und man hätte sich gewünscht, dass Dörre auf diese unterschiedliche Begrifflichkeit hingewiesen hätte – so er sie denn überhaupt zur Kenntnis genommen hat.

Dörre geht vom dem Kapitalismus inhärent eingeschriebenen Wachstumszwang aus, sein Verhältnis dazu ist aber in der Folge auffallend ambivalent, uneindeutig und ohne jedes Bewusstsein für die Größenordnung, um die es geht. So bezeichnet er etwa das Wirtschaftswachstum „unter Status-quo-Bedingungen“ für ökologisch destruktiv (S. 61). Was bedeutet diese Einschränkung? Hält er sogenanntes „grünes Wachstum“ für möglich? Glaubt er an die ökoliberale Mär von der genügend großen Abkoppelung des Wachstums von der Energie- und Ressourcenbasis? Einige weitere Aussagen in seinem Buch deuten genau darauf hin. „Die Nachhaltigkeitsrevolution ist zunächst eine Produktivkraftrevolution.“ (S. 108). Klarer kann man eigentlich einem „grünen Kapitalismus“ gar nicht das Wort reden. Das zwingend nötige Schrumpfen beschränkt er denn auch explizit auf die „Karbonbranche“ (S. 61). Er spricht von einer notwendigen „Anpassung an geringes, selektives oder ausbleibendes Wachstum“ (S. 103) und davon, dass ein schwaches Wachstum auf einer anderen energetischen Basis kein Problem wäre (S. 120), und er distanziert sich ausdrücklich von der Degrowth-Bewegung, wenn er formuliert, dass „in deren Sicht“ Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum einander ausschließen (S. 102). Und in diesem Zusammenhang gibt er in einer längeren Fußnote auch mir die Ehre. Er spricht mit Bezug auf mein Buch *Das Märchen vom grünen Wachstum*¹ von einer „allzu pauschalen Industrialismus- und Wachstumskritik“, hält mein Plädoyer für einen geplanten solidarischen Rückbau, für ein notwendiges Schrumpfen in den OECD-Ländern für „problematisch“ (S. 274). Was ist an meiner Kritik „pauschal“? Im Gegensatz zu ihm habe ich die Niederungen der Empirie eben nicht gescheut und die Notwendigkeit einer Schrumpfung auf einer seriösen Datenbasis zu begründen versucht. Ich habe die Grenzen des Potenzials erneuerbarer Energien und von Effizienzstrategien eben nicht „pauschal“ behauptet, sondern gut belegt. Den Vorwurf der Pauschalität gebe ich direkt zurück. Ich habe anhand von Energiebilanzen, Energierücklaufzeiten etc. den konkreten Nachweis geführt, dass wir nach dem Ende der fossilen Energien mit erheblich weniger Nettoenergie auskommen werden müssen. Ich habe unter Berufung auf Schmidt-Bleek und andere darauf hingewiesen, dass wir nur noch einen Bruchteil der bisherigen Menge an Rohstoffen verarbeiten werden können, wenn wir die nötigen Emissionsreduktionen einhalten wollen. Man kann das im Detail anfechten – und eben darum ist daran gar nichts pauschal. Ich führe gern auf dieser konkreten Datenbasis den Streit mit ihm. Dass er selbst diese Auseinandersetzung nicht geleistet hat, wird deutlich, wenn er ganz offensichtlich (auf S. 174) von der hundertprozentigen Versorgung mit erneuerbaren Energien ausgeht. Das Ökoinstitut und Prognos haben 2019 in einer Studie für den WWF festgestellt, dass wir in Deutschland ein Potenzial an erneuerbaren Energien in der Größenordnung von etwa 700 TWh ausschöpfen können. Dem stehen 2500 TWh an Endenergieverbrauch jährlich gegenüber. Allein eine Dekarbonisierung der Chemieindustrie würde einen Mehrbedarf an Strom in der Größenordnung von 685 TWh erfordern, also erheblich mehr, als wir überhaupt an Strom erzeugen, die Umstellung auf „grünen Stahl“ weitere 130 TWh, usw. Wie ist das derzeitige Niveau des Industriestandorts Deutschland unter diesen Voraussetzungen aufrechtzuerhalten? Hic Rhodos, hic salta! Natürlich hat er Hilfsargumente parat, wie etwa, dass es Regionen auf der Erde gibt, in denen ein bescheidenes Wachstum mit dem damit verbundenen Ressourcenverbrauch durchaus wünschenswert und notwendig ist. Das ist geschenkt, und Dörre unterschlägt natürlich damit, dass ich mich mit meinem Schrumpfungspostulat auf die OECD-Länder bezogen habe. Wenn wir aber – und da bin ich ja durchaus bei ihm – etwa in

¹ Bruno Kern, *Das Märchen vom grünen Wachstum. Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft*, Zürich ²2020.

Tanzania oder Bangla Desch eine Steigerung der materiellen Basis für nötig halten, dann heißt das doch nichts anderes, als dass wir in den OECD-Ländern umso konsequenter den materiellen Rückbau vorantreiben müssen. Aber wer die strategische Option getroffen hat, die Werktätigen in den reichen Industrieländern entgegen jeder Plausibilität zu den Hauptsubjekten der ökologischen Transformation hochzustilisieren, wer einen „labour turn“ der Klimagerechtigkeitsbewegung einfordert, darf natürlich von Rückbau nicht reden.

Überall, wo Dörre auf konkrete ökologische Sachverhalte zu sprechen kommt – was ohnehin nur sporadisch der Fall ist –, wird er erstaunlich unklar bzw. er zeigt sich höchst unbedarft. Das betrifft zum Beispiel seine Aussagen zur individuellen E-Mobilität. Es bleibt völlig im Dunkeln, wofür er hier eigentlich plädiert und was er für möglich hält (vgl. etwa S. 126). Ein Musterbeispiel ist etwa seine Einlassung zur Landwirtschaft. Auf keinen Fall soll diese eine „Rückkehr zur extensiven Landwirtschaft aus vorindustrieller Zeit“ vollziehen (S. 176). Also Auslagerung von Flächen nach Übersee (z. B. durch Futtermittelimporte) mit allen sozial und ökologisch zerstörerischen Konsequenzen, Kunstdünger (von der Energieintensität des Haber-Bosch-Verfahrens hat er wohl noch nichts gehört), Maschineneinsatz etc. wie gehabt! Er hofft lediglich auf eine Optimierung durch weitere Digitalisierung.

Die schreiende globale soziale Ungleichheit – und das ist wirklich ein Ärgernis – blendet Dörre in sozialchauvinistischer Manier aus. Als „Hauptverlierer“ identifiziert er – nicht etwa die aktuell unter einer klimabedingten Hungersnot leidenden Menschen in Madagaskar, nicht etwa die Frau aus Burkina Faso und Bangla Desch, die im Jahr 0,7 t CO₂ emittieren, nein: „Hauptverlierer dieser asymmetrischen Entwicklung sind die industriellen Lohnarbeiterklassen der USA und Westeuropas, deren Anteile am erzeugten Mehrprodukt erheblich geschrumpft sind.“ (S. 75) Ein Blick in die *World Inequality Reports*, den er wahrscheinlich sicherheitshalber gar nicht erst riskiert hat, hätte ihn eines Besseren belehrt. Das Nettonationaleinkommen ist in den USA dreimal höher und in Westeuropa zweimal höher als im Weltdurchschnitt. Zwischen 1980 und 2016 ist ein durchschnittliches Wachstum um 54 % zu verzeichnen, in Afrika hingegen nur um 18 % und in Lateinamerika um 12 %. Von diesem Nord-Süd-Gefälle profitieren bei uns eben auch – wenn auch in geringerem Maße als die Reichen – die großen Bevölkerungsmehrheiten. Und eben dadurch verschafft sich dieses internationale kapitalistische Ausbeutungsregime bei uns die nötige Akzeptanz – auch und gerade unter den Lohnabhängigen. Es ist schlicht dreist (wie er es etwa auf S. 84 tut), die Armen in den reichen Industrieländern unter die global Armen zu subsumieren und damit die schreiende Ungerechtigkeit zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden zu verschleiern. Das tut er mit folgendem Trick: Er vergleicht die Ärmsten in den reichen Ländern mit dem pauschalen Durchschnitt in den „sich entwickelnden Ländern“ (welchen?) und formuliert einen Satz, der von den Opfern der globalen Ausbeutung, von denen, die aus ihrem Elend die Flucht zu uns antreten, nur als Verhöhnung empfunden werden kann: „Die Zeiten, in denen die Ärmsten in den reichen Ländern noch immer wohlhabender waren als die Bevölkerungen der sich entwickelnden Länder, sind vorbei.“ (S. 76) Gerade angesichts des weitaus stärkeren sozialen Gefälles in vielen der betreffenden Länder ist die pauschale Rede von „den Bevölkerungen“ unredlich und in ihrer Aussagekraft wertlos. Da und dort gesteht er zaghafte ein, dass die Lohnabhängigen bei uns „teilweise“ von der Überausbeutung des globalen Südens profitieren (S. 88). Das ist aber mehr als verharmlosend. Vielmehr wird das soziale Gefälle bei uns um ein Vielfaches überkompensiert durch die schamlose Ausbeutung des globalen Südens und durch die entsprechende einseitige Ressourcenaneignung.

Es ist nicht zu bestreiten, dass es auch skandalöse relative (!) Armut bei uns gibt (die übrigens durchaus systemimmanent zu beseitigen wäre), und es ist nicht zu bestreiten, dass dieser ein obszöner Reichtum einer kleinen Minderheit mit einem entsprechenden ökologischen Fußabdruck gegenübersteht. Aber die relative Armut bei uns als Alibi zu gebrauchen, um die Konsummuster

insgesamt in den reichen Industrieländern nicht infrage stellen zu müssen, ist billigster Populismus auf Kosten der wirklich Armen. Wenn Dörre zum Beispiel behauptet: „Geflogen wird nahezu ausschließlich vom oberen Dezel der Haushalte“ (S. 83), dann ist das nicht nur seltsam weltfremd, sondern steht auch in Widerspruch zu seiner Forderung an anderer Stelle, dass man „der Putzfrau“ immerhin zumuten darf, in jedem zweiten Jahr auf ihren Mallorca-Flug zu verzichten. In seinen Falschaussagen sollte man wenigstens konsistent sein. Ich darf daran erinnern, dass die allermeisten Menschen auf diesem Globus (deutlich mehr als 90 %) den Luxus des Fliegens bis jetzt völlig entbehren mussten. Ich darf auch daran erinnern, dass die niederländische Milieu-Defensie als mit den Nachhaltigkeitserfordernissen individuell vertretbares Maß realistisch einen Fernflug alle 25 Jahre errechnet hat.

Die Benutzung der relativen Armut bei uns, deren Missbrauch als Alibi für Konsummuster, die nur auf der Basis einer unverschämten einseitigen globalen Ressourcenaneignung möglich sind, den Wohlstandsvorbehalt, unter den man jedes ökologische Handeln bei uns stellen will, hat Niko Paech treffsicher entlarvt: „Um zu vermeiden, dass dieser Wohlstandsvorbehalt primitiv oder eigennützig erscheinen könnte, wurde und wird der schöngestige Anspruch vorgeschoben, Nachhaltigkeit dürfe sich nicht zulasten der sozial Schwachen oder gar ‚Armen‘ auswirken. Indes scheint das materielle Niveau, dessen Unterschreitung mit Armut gleichgesetzt wird, in Deutschland wöchentlich zu wachsen. Die beständige Aufdeckung (oder Erfindung) neuer Tatbestände, die auf Armut, Ausgrenzung und soziale Benachteiligung schließen lassen, bilden einen Schutzwall für die Konsum- und Mobilitätsroutinen der prosperierenden Mehrheit.“²

Der internationalistische Anspruch von Linken – zumindest im Sinne einer Rosa Luxemburg – sollte es sein, unsere eigene Situation aus der Perspektive der weltweit Marginalisierten zu begreifen. Dörre hingegen ist nicht bereit, den ethischen und erkenntnistheoretischen Standpunkt einzunehmen, der allein die Wahrheit unserer Situation zu enthüllen imstande ist: den Standpunkt der wahren Opfer unseres globalen Ausbeutungsregimes. Im Gegenteil: Sein „labour turn“ ist darauf angewiesen, diesen Zusammenhang zu negieren und herunterzuspielen. In diesem Sinne ist seine Polemik gegen die analytische Kategorie der „imperialen Lebensweise“ entlarvend genug. Er zeichnet – vermutlich wider besseres Wissen – eine Karikatur! Zur Erinnerung: Ulrich Brand und Markus Wissen bezeichnen damit den weltmarktvermittelten überproportionalen Zugriff auf Arbeitskraft, Land und andere Ressourcen des globalen Südens, die die Konsum- und Produktionsmuster im globalen Norden insgesamt verfestigt haben, was für die nötige Akzeptanz dieses Wirtschaftssystems, ja im Zweifelsfall auch für die aggressive Verteidigung dieser Lebensweise sorgt. Dörre bringt diese analytische Kategorie sofort in Zusammenhang mit einem individualistischen Transformationsansatz. Ich bin mir nicht sicher, ob er hier absichtlich karikiert oder ob bei ihm ein Reflex greift, der bei so vielen altbackenen Linken zu beobachten ist. Brand und Wissen haben ihre analytische Kategorie niemals mit dem Postulat in Verbindung gebracht, dass individuelle Verhaltensänderung der entscheidende Schlüssel zur Transformation wäre! Explizit haben sie in ihrem Buch formuliert, dass sie eben nicht an den „mündigen Verbraucher“ appellieren wollen. Hat Dörre das nicht gelesen? Kennt er etwa nicht mehr als das Schlagwort? Entweder ist es für einen Soziologieprofessor höchst blamabel oder es ist eine Frechheit. Tertium non datur. Mit der Wahl des Begriffs „Lebensweise“ in bewusster Abgrenzung von „Lebensstil“ haben Brand und Wissen darauf aufmerksam gemacht, dass es sich um eine Alltagspraxis und Alltagsverstehen prägende Bewusstseinsform handelt, um einen kulturellen Habitus, in dem sich die Herrschaftsverhältnisse verfestigt haben. Und wenn man diese politisch aufbrechen will, muss man jenen in Rechnung stellen.

² Manfred Folkers / Niko Paech, All you need is less. Eine Kultur des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht, München 2020, 121–122.

Das aber kann man gerade nicht, wenn man strategisch auf das „erwachende Selbstbewusstsein einer neuen Lohnabhängigenklasse“ (s. 223) setzt. Wenn man diese strategische Option getroffen hat, bleibt einem gar nichts anderes übrig, als davon zu abstrahieren, dass diese Lohnabhängigenklasse eingebunden ist in dieses globale Ausbeutungsregime, dass sie als solche (!) kein Interesse daran haben kann, das zu ändern. Das „erwachende Selbstbewusstsein“ dieser Lohnarbeiterklasse hat sich bereits hinlänglich bemerkbar gemacht: bei der Verhinderung des Kohleausstiegs, bei der Forderung nach Abwrackprämien, beim „selbstbewussten“ Protest gegen strengere Rüstungsexportbestimmungen ... Natürlich gibt es die kleinen Gegenbeispiele, die als Ausnahme die Regel bestätigen. Es ist aber schon auffällig, wie sich bei Dörre die Wahrnehmung verzerrt: Die Tatsache, dass im Jahr 2020 einige Fridays-AktivistInnen einen Streik im öffentlichen Nahverkehr unterstützten und dass diese Unterstützung vonseiten der ver.di-KollegInnen wohlwollend aufgenommen wurde, reicht ihm schon, um von der großen wirkmächtigen Allianz von Arbeitern und KlimaaktivistInnen zu schwärmen, wohingegen er genau denjenigen radikalisierten Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung, der bisher allein politischen Druck für eine echte Klimapolitik erzeugt hat, merkwürdig relativiert und ihm lediglich symbolische Bedeutung zugesteht. Gehören nicht gerade und fast ausschließlich sie zu den „oppositionellen Bewegungen“, deren Druck sich auch Dörre wünscht, um Reformen von oben zu erzwingen? Von den Arbeitern und ihren Organisationen hat man bisher von punktuellen Ausnahmen abgesehen nur das Gegenteil wahrgenommen, und KlimaaktivistInnen sind eigentlich schon froh, wenn von dieser Seite nicht allzu heftiger Widerstand kommt.

Wenn man auf die Arbeiter (Dörre erweitert sein revolutionäres Subjekt immerhin um das akademische Prekariat und punktet damit vermutlich bei seinen eigenen StudentInnen) als das entscheidende Subjekt der Transformation setzt, muss man natürlich aufpassen, es nicht zu verschrecken. Ganz so wie das Kapital scheint es ein flüchtiges Reh zu sein. Das heißt: Man darf diesem Subjekt dann auch nicht allzu viel zumuten, muss es vor der ökologischen Wahrheit möglichst verschonen. Dazu gehört selbstverständlich die pauschale Forderung nach Lohnerhöhungen, die er unter anderem damit begründet, dass ökologisch wünschenswerte langlebige Konsumgüter eben teurer seien. Dass man von langlebigen Gütern logischerweise auch weniger braucht, scheint ihm entgangen zu sein. Dass die pauschale Forderung nach Lohnerhöhungen im Widerspruch zu einer Postwachstumsökonomie steht, die sich gerade dadurch auszeichnet, dass sie erheblich weniger an Gütern und Dienstleistungen erzeugt und bei pauschalen Lohnerhöhungen folglich nur Inflation induzieren kann, ist ihm ohnehin nicht geläufig.

Deutlich wird Dörres konservatives Postulat der „Statussicherung“ an seinen „Übergangsforderungen“, die keineswegs auf der Höhe unserer zugespitzten Situation sind. Er scheut sich nicht, den ideologisch klar festgelegten Begriff des „Green New Deal“ aufzugreifen (dieser geht per definitionem von „grünem Wachstum“ aus), dem er ein „wahres Jobwunder“ zutraut. Von „Sozialismus“ bleibt also nicht viel mehr übrig als die alten Konzepte der Stahl- und Beton-Sozialdemokratie. Konkret führt er hier lediglich an einer Stelle die Mobilitätswende an. Natürlich wird der Aufbau der Infrastruktur eines verbesserten Öffentlichen Verkehrs Jobs schaffen. Dem steht aber, wenn man ernst macht mit Ökologiepolitik, ein Rückbau an anderer Stelle in viel größerem Maß gegenüber! Dörre macht mit Recht darauf aufmerksam, dass die nötigen Infrastrukturaufgaben privates Unternehmertum überfordern und daher dem Staat eine gewichtigere Rolle zuwächst. Dass aber der Aufbau einer anderen Infrastruktur im Energie- und Verkehrssektor zugleich mit einem materiellen Rebound, einem erheblichen Mehreinsatz von Energie und Ressourcen verbunden ist, der an anderer Stelle durch einen umso konsequenteren und schnelleren Rückbau zu kompensieren wäre, kommt ihm nicht in den Sinn. Dann müsste er nämlich seinen mit neuem Selbstbewusstsein ausgestatteten Arbeitern in den deutschen Werften klar sagen,

dass wir in unserer Situation, in der wir eigentlich keine Nettoemissionen mehr verschulden dürften, weder Kreuzfahrtschiffe noch Containerschiffe oder gar Kriegsgerät bauen dürfen. Das wäre doch die Probe aufs Exempel dafür, was sein revolutionäres Subjekt zur Bewältigung der ökologischen Krise tatsächlich taugt. Aber Dörre ist hier durchaus bescheiden. Mit einer „schrittweisen Absenkung der Rüstungsausgaben“ (S. 243) ist es für ihn schon getan.

Apropos Kriegsgerät: Dörre setzt auf die EU für eine neue Sicherheitsagentur – auf jene EU also, die als Antwort auf die Globalisierung gegründet wurde, um den europäischen kapitalistischen Staaten weltweit das nötige Gewicht zu verleihen, auf jene EU, die im Interesse der Beschleunigung der Kapitalkonzentration Demokratie massiv abgebaut hat, auf jene EU, deren sogenannte „vier Freiheiten“ die banalsten ökologischen Maßnahmen verhindern, auf jene EU, die den Lissabon-Vertrag in Verfassungsrang erheben und damit unter anderem ein neoliberales Wirtschaftssystem, ein auf Dauer gestelltes Wachstum und eine stetige Steigerung der Rüstungsausgaben festschreiben wollte ... Und was die neue Sicherheitsagentur betrifft, sei Professor Dörre daran erinnert, dass gerade der militärische Arm der EU ökologische Belange besonders im Auge hat. Bereits das *European Defense Paper* aus dem Jahr 2004 hat Planspiele für die Kriege um kommende knapper werdende Ressourcen erarbeitet.

Dass das Setzen auf die Lohnabhängigen „mit erwachtem Selbstbewusstsein“ (das KlimaaktivistInnen eher Angst einflößt) in hohem Maß Wunschdenken ist, scheint Dörre insgeheim auch zu wissen – relativiert er doch selbst an der einen oder anderen Stelle (S. 48) die Rolle der Arbeiterbewegung und deutet er doch zumindest an, dass die oppositionellen Bewegungen, die imstande wären Reformen von oben zu ertrotzen, woanders zu suchen sind (S. 49). Unsreiner empfindet es insbesondere als ärgerlich, dass diese strukturkonservative und sozialchauvinistische Verteidigung des Status quo für den „kleinen Mann“ in Wohlstandswunderland Deutschland bei einigen möglicherweise als „Ökosozialismus“ durchgeht.

Januar 2022

Bruno Kern